

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1873

283 (2.12.1873)

Beilage zu Nr. 283 der Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 2. Dezember 1873.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 28. Nov. Fortsetzung und Schluß der 5. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer.

Der Abg. v. Feder legt der Adressdebatte nur einen bidaktischen Werth bei; ihm genügt keine der Adressen vollständig, da beide zu sehr in diplomatisirender Form abgefaßt seien, insbesondere lasse die Adresse der Minorität sehr an Klarheit zu wünschen übrig. Auch fosse sie den Begriff des Volkes zu eng, sie spreche nur von einem christlichen Volk, und doch hätten die Abgeordneten hier auch die Juden, und wenn es deren in unserem Lande gäbe, auch die Heiden zu vertreten. Näher siehe Redner der Majoritätsadresse. Wenn die Verhältnisse heute nicht so liegen, heftige Anklagen gegen die Regierung zu erheben, so sei doch Anstalt über gewisse unklare Punkte zu verlangen; das Schweigen der Regierung über ihre Politik im Reich sei bedenklich; insbesondere gelte das hinsichtlich der Frage der Ministerverantwortlichkeit, der Diäten, des Preßgesetzes und der Erhaltung des Schwurgerichts. Im Innern seien beunruhigend die Frage der badischen Eisenbahnen und das Verhältnis zu den Elsaßschen; ferner dürfe man fragen, ob nach dem traurigen Rosenfelder Unfall dem Gesetze Genüge geschehen sei; endlich müsse als ein Mangel von Bestimmungen der Militärkonvention gelten, daß die Kompetenz über die Ansprüche Pensionsberechtigter vor badischen Gerichten beanstandet werde. Im Uebrigen schließt sich Redner den Ausführungen Bluntschli's an, wünschend, daß der staatsrechtliche Zustand im Innern bald mit der Reichsverfassung in Einklang gebracht werde, selbstverständlich im Sinne des Bundesstaats. In der Kirchenpolitik sei die Fassung der Thronrede korrekter als die der Adresse; jedoch könne nur aus der vollständigen Trennung von Kirche und Staat ein befriedigender Zustand erwachsen. Ueber den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustand seien die Farben beiderseitig viel zu roth aufgetragen; dem widersprechen die Klagen der Landwirtschaft, das Sinken des Handels und die Geldknappheit.

Staatsminister Dr. Jolly will nicht im Sinne des Vortrags die Gelegenheit ergreifen, sich in Auslassungen über alles Mögliche zu ergeben. Nur zwei Thatsachen sollen berührt werden: Der Regierung ist kein Fall bekannt, welcher auf das vom Vortrager über die Ansprüche Militär-Pensionsberechtigter paßt. Ueber den allseitig schmerzhaft beklagten Rosenfelder Vorfall, welchem neun Badener zum Opfer fielen, hat das Generalkommando des 14. Armeekorps der badischen Regierung das Ergebnis einer gründlichen Untersuchung vorgelegt, nach welcher das Unglück die Folge unglücklicher Umstände aber durchaus keine Schuld der betreffenden Vorgesetzten, geschweige denn einer strafbaren Schuld gewesen ist, vielmehr ergab die Untersuchung ein ganz außerordentliches Entgegenkommen der Offiziere für ihre Mannschaften. Es werde keinen Anstand haben, wenn Abgeordnete in die betreffenden Akten Einsicht nehmen wollten.

Der Abg. Hennig klagt darüber, daß der Staat sich in das kirchliche Leben einmische, während sich die Kirche jedwergelt in rein staatliche Angelegenheiten gefügt habe. Jetzt sei sie einem Wanderer zu vergleichen, der von seinem Genossen im Walde bis auf das Hemd ausgeplündert werde. Die Kirche habe den Streit nicht begonnen, der omnipotente Staat wolle aber die Religion nur als Mittel zum Zweck benutzen, als Mittel der Polizei. Die Kirche, deren Endzweck die ewige Seligkeit sei, habe den Papst zum Oberhaupt und könne ohne ihn nicht bestehen. Die Knechtung der Kirche steht nicht im Einklang mit den sonstigen Prinzipien der Gewissensfreiheit, Pressefreiheit, Redefreiheit; alle diese Dinge lasse man anderwärts gelten, nur für die Kirche mache man Ausnahmegesetze. Den Priestern werfe man vor, sie seien eine Kaste; das sei aber nicht wahr, denn sie wachsen aus dem Volke heraus. Eine vom Staat beherrschte Kirche führe zum Verfall und so werden auch die in Aussicht gestellten neuen Bestimmungen den Frieden noch mehr gefährden.

Abg. Schmidt von Konstanz: Es sei ungerechtfertigt, von einer Störung des Friedens durch die bad. Gesetzgebung zu sprechen, wo doch gerade hier in Baden seit langer Zeit schon Toleranz gepflegt wurde, während unsere Gegner sogar die Landbestrauer um einen edlen Vertreter dieser Richtung, des Freiherrn v. Wessenberg, zum Ausgangspunkt heftigen Streites gemacht haben. Die Gesetzgebung von 1860 hat uns die Mittel zum Frieden geschaffen, und das Volk in seiner großen Mehrheit hat seine Zustimmung dazu gegeben, während man sich auf anderer Seite in strafwürdigen Aufwühlungen gefällt. Der Vervollständigung des Friedens sind die Dekrete vom 18. Juli 1870 entgegengetreten, wodurch die Bischöfe nicht mehr kraft eigenen Rechtes, sondern nur als Diözesanvikare Roms Willkür unterworfen, ihr Amt zu verwalten haben. Die Unschicklichkeit sei nur der Kern der Gedanken jener Partei. Klarer spricht das Gewollte aus der Civilla catholica und der angeblich inspirirte Jesuit Malteo Liberatore, welcher das Wort der Bibel: „geht hin in alle Welt u. f. w.“ dahin mißdeutet, die Erde sei das Eigenthum der Kirche, der Papst sei der Herrscher über alle Christen, was ja auch mit jenem Papstbrief im Einklang stehe. Dann gibt es aber in jedem Staat zwei Souveräne und das Wort: „gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist u. f. w.“ wird frevelhafter Weise so ausgelegt, daß im Falle

des Widerstreits die Gesetze der Kirche, des Papstes, denen des Staats vorgehen. Deshalb sei dem Staat ein „videant consules“ zuzurufen und die Ausfüllung von Lücken in der kirchlichen Gesetzgebung mit Freuden zu begrüßen, von einem Eingriff in die Selbständigkeit der Kirche ist keine Rede, aber der Staat allein ist Souverän; jene ist eine Heilanstalt und soll die Heilmittel spenden, ihre Ausschreitungen aber auf das staatliche Gebiet sind durch die Gesetzgebung und auf dem Verwaltungswege energisch zurückzuweisen. Die Kirche ist aber auch eine öffentliche Korporation, keine Privatkorporation, und deshalb entspringt es aus einer schiefen Auffassung, wenn man von einer freien Kirche im freien Staate spricht. Vor Uebereinkünften mit der Kirche ist der Staat zu warnen, den Diejenigen, welche ihre geheimsten Gedanken verrathen, erklären, daß die Kirche an solche Vereinbarungen, wenn sie ihr nicht mehr zusagen, nicht gebunden sei. Im Munde des Abg. Hennig, eines römischen Priesters, nehme es sich mehr als sonderbar aus, wenn er die verchiedenen Freiheiten preise, z. B. die Gewissensfreiheit, welche doch der Syllabus, das Gesetz der Kirche, die vom Papste ex cathedra gegebene unfehlbare Lehreinung verdammt. Im Gegensatz zu aller jener Freiheit würden, wenn die in der Kirche jetzt herrschenden Ansichten auf den Gipfel der Macht geführt hätten, die Scheiterhaufen emporlodern. (Widerpruch und Gelächter rechts, Zustimmung sonst im Hause.) In trauriger Vereinigung mit der sozialistischen Presse arbeitet die Herale auf die Untergrabung jeder Regierungs- und Staatsautorität hin. Glücklicherweise haben wir aber eine starke Regierung, und wir brauchen sie auch gegen die Geistlichen. Nichts rechtfertigt mehr die Ausnahmegesetze gegen dieselben als ihr häufiges Erscheinen vor den Schwurgerichten. Das Seelenheil ist die Aufgabe der Kirche — dieselbe über den Staat zu stellen, ist heute das Ziel jener Partei. Redner empfiehlt am Schluß im Sinne seiner Worte der Majoritätsadresse zuzustimmen. (Lebhaftester Beifall in der Majorität.)

Der Präsident schlägt vor, eine Pause von einer Viertelstunde eintreten zu lassen. Dem widerspricht der Abg. Hans Jakob: Es sei notwendig, daß gegen diese fulminante Brandrede, welche Unwahrheiten gegen die katholische Kirche enthalte, augenblicklich ein Mitglied seiner Partei gehört werde.

Nachdem aber der Abg. Kiefer bemerkt hat, es sei ebensowenig gerechtfertigt, die Rede des Abg. Schmidt eine fulminante Brandrede zu nennen, als nothwendig, sofort einen Redner der Rechten zu hören, wird die Pause von 1/4 Stunde beschlossen.

Um 1 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet und erhält das Wort der Abg. Edelmann: In Betreff des Verhältnisses von Reich und Land geht keine Ansicht dahin, daß letzteres von ersterem sicherlich nach und nach absorbiert werde. Die Macht des Reiches stütze sich nur auf Bajonette und Kanonen, Gewalt allein erhalte die Staaten nicht; „Gewalt wird nicht alt“. Es fehle der Frieden und die Gerechtigkeit gegen Alle im Innern. Das Volk sei nicht frei und glücklich, dem widerspreche der Militarismus, zu dessen Gunsten man die Menschen als Maschinen drille. Von Freiheit könne man auch nicht in der Schule sprechen, auch nicht in der Ehe, denn die Zivilehe sei eine Zwangsehe, es dürfe nicht Jeder die Ehe abschließen, wie er will. Auch bei der Kirche ist keine große Freiheit (Zustimmung, Heiterkeit), d. h. meine Herren, man gibt ihr keine Freiheit. Jesuiten mit dem Eisernen Kreuz habe man vertrieben, Schulverbot lasse man nicht lehren, Alles soll nach der liberalen Schablone gehen, der Staat soll omnipotent sein, damit wird alles Recht zu Boden geworfen. Die sozialen Segnungen könne man auch vergeblich suchen: die heftigsten Angriffe gegen alle bestehenden Verhältnisse, die von der sozialistischen Partei ausgehen, bleiben größtentheils ungestraft, oder sei es eine Segnung, daß das Salz vertheuert worden sei (Lurche: Es ist nicht wahr, das Salz ist billiger geworden.) Dazu kommt die drückende Tabaksteuer, der Unsegen der Milliarden, der Gränderichwindel u. f. w.

Die katholische Kirche bestehe länger als der badische oder deutsche Staat, sie habe ihr Recht nicht von ihnen. Daß die Kirche den Kampf nicht begonnen habe, will Redner durch Stimmen von außerhalb des Hauses belegen und befindet sich ein reicher bibliothekarischer Apparat vor ihm, er verliest zunächst einen Artikel der „Times“, wird aber dann darauf aufmerksam gemacht, daß zum Vorlesen die Genehmigung des Hauses gehöre. Gut, m. H., sagt Redner, sie wollen nichts hören. Die Behauptung des Abg. Schmidt, durch die vatikanischen Dekrete sei eine Aenderung im Zustande der Kirche eingetreten, sei nicht wahr. Redner empfiehlt zum Belege hierfür den Alttholiken verschiedene Bücher zum Lesen und ergeht sich in Zitate, welche einige Unruhe hervorrufen. Das Unfehlbarkeits-Dogma könne nicht staatsgefährlich sein, weil ja die preussische Regierung die Adressen der bad. Unfehlbarkeits-Dogma anerkennen Staatskatholiken entgegennehme. Was Wessenberg anlangt, m. H., so würden Sie nicht auf dem heutigen Standpunkt stehen, wenn Sie alle seine Lehren befolgen würden. Der Syllabus verdamme die Gewissensfreiheit nicht, überhaupt werde derselbe viel zitiert, aber wenig gelesen und noch weniger studirt. Die „civilla catholica“ sei eine Zeitschrift und kein Kirchengesetz. Die Kirche mache überhaupt keine Kirchengesetze, sie definire bloß bestehende.

Dem Staatsminister sei zu erwidern, daß die Partei des Redners keine Aenderung in der Schul-Gesetzgebung er-

strebe, aber das Prinzip, daß die Schule einzig und allein Staatsanstalt sei, ist ungerecht. Ebenso greife der Staat mit der Anerkennung der Alttholiken in die Lehren der kathol. Kirche ein; dieselben sind schon deshalb keine Katholiken, weil sie nicht zugestehen, daß die kathol. Kirche allein im Besitze der Wahrheit ist und weil sie von einer Verehrung der Mutter Gottes und von einem Reliquienkultus nichts wissen wollen.

Wenn der Staat konfessionslos sein wolle, dürfe er auch keinen Einfluß auf die Besetzung der Kirchenämter üben. Wir haben das Deutsche Reich begrüßt als eine Sonne, aufsteigend aus blutigem Morgengraue, welchem die Gewitter gefolgt sind: Verfolgungen der Priester und Bischöfe, Schädigung der Laien durch Spendung der Sakramente von Priestern, welche vom Papste abgefallen sind. Damit werden zugleich Steine aus dem Gebäude der sozialen Gesellschaft herausgehoben. Der Friede, den man auf der Gegenseite wolle, das sei die Ruhe des Kirchhofs. Man verhindert die Priester, bessere Stellen zu erhalten, und läßt den erzbischöflichen Stuhl unbesetzt, nur um eine der Regierung genehme Person zu erhalten.

Aus der Kriegskosten-Entscheidung hätte noch mehr positiv zu den Werken des Friedens verwendet werden können. — Der Staatsminister habe ferner selbst zugegeben, daß harte kirchliche Gesetze bevorstehen, er habe dann allerdings von der Milde und Freundlichkeit der Regierung gesprochen, davon sei aber nicht viel zu bemerken. Dem stehe entgegen die Haltung der Staatsanwälte, die Begünstigung der von der Kirche abgefallenen Alttholiken und des Bischofs Reinkens. Lauter sprechen noch Stimmen außerhalb des Hauses, z. B. die „Gartenlaube“ (Unruhe, Heiterkeit), die Aeußerungen geheimer Gesellschaften in Italien, Professor Friedberg u. f. w. (Unruhe.) Ja, m. H., wenn Sie Dem, was Ihre Freunde aussprechen, nicht widersprechen, dann muß viel daran sein. Im Interesse der Freiheit und des historischen Rechts müsse von der gegenwärtigen Gesetzgebung zurückgegangen werden. Wählen Sie diesen Weg, m. H., sonst kommen Sie zu dem Zustande der Kirche im Ausland und der Türkei.

Staatsminister Dr. Jolly will den Vortrager nur in zwei Punkten berichtigen. Er habe nicht weitere Vorlagen auf dem Gebiete der kirchlichen Gesetzgebung angekündigt, sondern es handle sich nur um die eine, welche dem Hause bereits übergeben worden sei. Auch habe ich nicht gesagt, die Bestimmungen dieses Entwurfs seien hart, vielmehr das Gegentheil. Ich habe nur betont, daß das Gesetz die Vollzugsmittel schaffen solle, Umgehungen des in seinen Grundzügen nicht zu ändernden Gesetzes zu verhindern. Den vorgeschlagenen Maßregeln liegt nichts fern, als irgend einen Druck in religiösen Dingen auszuüben. Das Gesetz wird Denjenigen, der sich der Rechtsordnung des Staats fügt, nicht berühren, es wird eine Wohlthat sein für Denjenigen, der sich der Zumuthung, sich dem Gesetze nicht zu fügen, ausgesetzt sehen kann.

Abg. Kiefer: Durch die Reden der Abg. der Rechten seien die friedvollen Klänge ihres Abrethentwurfs in eine etwas wärmere Temperatur grafted. Die Majoritätsadresse läßt unseren Staat frei und befriedigt unter der Regide des Reichs bestehen. Unter dem schwersten Widerstand jener Seite ist eine große nationale Vertretung erkämpft. Das langjährige Streben des Landesfürsten und dieses Hauses wurde verstanden, und von gleichem Streben waren unsere waffentragenden Söhne und Brüder besetzt, als sie auf den blutigen Schlachtfeldern und vor Allen bei Belfort ihren Lorbeer erkämpften. Nun solle man aber dem erkämpften Reiche, welches das gesammte deutsche Volk umfasst, auch nicht mit dem Schme des Mißtrauens gegenüber stehen; man solle nicht fragen: was ist der Süddeutsche, was ist der Norddeutsche? Handle es sich ja dabei doch nur um Unterschiede des Temperaments. Der Süddeutsche steht nicht zurück gegen den Norddeutschen in der Schärfe des Verstandes und andererseits können wir dem Norddeutschen die Tiefe des Gemüths nicht abspredien. Halten wir vielmehr fest, daß wir ein Stamm, eine Nation sind, mit dem bedeutungsvollen Ausdruck des gemeinsamen Reichthums und an der Spitze die majestätische Gestalt des Kaisers. Das Reich ist begründet, die Formen seines Lebens sind gegeben, wir haben nichts zu bereuen. Wenn wir nun aber auch nach Weiterentwicklung streben, so wollen wir innerhalb des Reichs, des Körpers mit lebendigem Dasein, mit fließendem warmen Blute keine Schranken errichten. Nicht mehr wie früher braucht jede gemeinsame deutsche Angelegenheit des schwierigen Uebergangs über die fremdartige Brücke des alten Bundesstaats, vielmehr steht Jeder da als Bürger des Reichs und steht ihm der Weg offen zu seinem Kaiser, seiner Reichsgewalt, seiner Reichsvertretung!

Selbstverständlich sind die Formen von 1870 nicht geschaffen für alle Ewigkeit. Wer wollte z. B. die zum Theil häßlichen Reservatrechte für immer erhalten! Von ihnen hielt sich Baden fern, und doch wird es gerade deshalb so viel verlastet und verleumdet. Was ist die Idee der Militärkonvention? Eine gemeinsame deutsche Kriegsverwaltung, die Schaffung eines allseitig lebensfähigen mächtigen Heerkörpers. War das nicht das Ziel langer Sehnsucht der Vergangenheit, und ist es nicht eine praktische Aufgabe der Zukunft? Uns gebührt die Ehre, den ersten Schritt hierzu voll und ganz gethan zu haben, und weil durch die Ungunst der Verhältnisse eine eigentliche Reichsarmee noch nicht war, sollten wir uns besinnen, den Anstoß zu nehmen, das glorreiche preussische Heer, aus welchem die G-

ber Neuzeit hervorgegangen ist, über welche zu unserem Glück nicht der Doppelpaar Oesterreichs, sondern der Adler Preußens schwebt.

Einem weiteren Anlaß zu Beschwerden gebe sehr oft der Postvertrag; sei für solche im Einzelnen Grund vorhanden, so habe man sich an die betreffende Stelle zu wenden und werde Abhilfe finden. Das habe aber mit großen staatspolitischen Gesichtspunkten nichts zu thun; Jeder erkenne an, daß die Leitung des Postwesens unter General-Postdirektor Stephan eine sehr rühmliche sei; große Gesichtspunkte könne man aber nur anwenden in den großen Dimensionen eines Großstaats, weshalb gehöre die Post dem Reiche.

Der Abg. v. Feder habe selbst zugegeben, daß keine ernstlichen Beschwerdepunkte gegen die Regierung vorliegen, sein scharfes Auge würde sie auch sonst entdeckt haben; auch ich, sagt Redner, würde es nicht unterlassen, dieselben zur Sprache zu bringen. Unzweifelhaft steht fest, daß die Regierung nicht im Voraus die Zustimmung des Landtags einzuholen hat für ihr Auftreten im Bundesrath. Haben die Reichsorgane einmal gesprochen, dann ist die Sache fertig; immerhin bleibt uns aber die Regierung auch für ihre Handlungen im Bundesrath voll verantwortlich; dies wird sie selbst nie bestreiten, es ist damit nur ein altes Prinzip von uns gekennzeichnet.

Gegen das von jener Seite vorgebrachte Schlagwort „Militarismus“ sei hervorzuheben, daß dieser Militarismus 1870 doch für uns einigen Werth gehabt habe, und ebenso, daß wir nach 1866 das preussische Militärsystem berechnungsweise bei uns in Baden einführen. Wir wollten nicht, daß wie früher unseren Städten und Dörfern der rothe Hahn aufgesteckt würde. Was ist der Militarismus? Er ist die harte Schule, die der Soldat durchmachen muß; der Soldat wie er sein soll, fällt nicht vom Himmel, auch nicht der preussische; mit eherner Hand muß das System durchgeführt werden. Mit derartigen Schlag- und Schreckwörtern, wie Militarismus, macht man hier und im Volke keinen Eindruck mehr. Man weiß, daß das pflichtbewusste Staatsgefühl Preußen groß gemacht hat und in schweren Zeiten seine Rettung gewesen ist; auf Grund desselben wollen wir ein frisches und frohes Gedeihen des Reichs befördern.

In Bezug auf den Kampf des Staats mit der Kirche klingt die Minoritätsadresse sanft und friedvoll; schon in den Reden der gegnerischen Seite aber lasse ein ganz anderer Ton sich vernehmen, und sei der Abg. Edelmann mit seinem Bilde von der Ruhe des Kirchhofs daran zu erinnern, daß auch der jetzige Papst bei der Verfluchung der österreichischen Kirchengesetze dies Bild gebraucht habe, wo er den etwaigen Frieden als einen solchen bezeichnet, wie der verabscheuungswürdige, wo Katholiken und Kexer auf dem Kirchhofe neben einander liegen. Allerdings sei die Unfehlbarkeit schon früher gepredigt worden, man brauche sich ja nur an die Bulle unam sanctam zu erinnern, wo der vollständige Absolutismus der Kirche proklamiert wird, welche verflucht nicht nur für die Welt, sondern auch für jenseits; und dies habe man neuerdings wieder sanktioniert; welcher Protestant, welcher Ultratholik könnte existiren, ohne die Macht des Staats, die hiergegen aufgebaut ist? Aus den Aeußerungen des Abg. v. Buß gehe hervor, daß er ein Mann der alten Schule und der alten Zeit sei; die neuere Kirche erziehe ihre Kämpen viel stroffer und despotischer.

Wir wollen im Einzelstaat und im Reich keine Staatsomnipotenz, sondern die Herrschaft der Gesetze als Garantie für Freiheit und freie Bewegung; wir sind aber auch weit davon entfernt, Unglauben und Nihilismus zu vertreten; aber den Samen des päpstlichen Uebermuths gilt es auszurotten, wie es neuerdings in England Disraeli so meisterhaft gezeichnet hat. Man hat der Kirche genügende Rechte in der Schule und im Orts-Schulrath eingeräumt; man möge sich hüten, dem Staat auch das unmöglich zu machen. Die bisherige Politik ruiniere die Kirche selbst; sei doch schon Schulte dazu gekommen, das ganze letzte Konzil ipso jure für legerisch zu erklären. (Widerpruch rechts.) Meine Herren, ich glaube, daß Niemand unter Ihnen ist, der mehr vom Kirchenrecht versteht, als Schulte.

In innere Fragen der Kirche, in dogmatische Streitigkeiten mische sich der Staat nicht; aber daß unseren Mitbürgern Gewalt angethan wird in ihrem Gewissen, das dürfen wir nicht dulden. Darauf beruht die Anerkennung des Bischofs Meinkens und aller Abscheu, die tiefste Empörung wird dagegen nichts helfen; es handelt sich um die Freiheit der religiösen Ueberzeugung des Einzelnen.

Der Regierung sei höchstens ein Vorwurf zu machen — daß sie die Umgehung der geistlichen Prüfungsordnung so lange mit angesehen habe; daß die Kirchengewalt verboten wurde, was Gesetz des Staats war; ja, daß der Bauer sich fragen durfte: Wo ist denn eigentlich die Regierung, in Karlsruhe oder Freiburg? (Lebhaftes Bravo!) In der evangelischen Kirche sei hier in diesem Raume in der General synode von einem ähnlichen Verhalten vornherein energisch entgegen getreten worden und dort habe man den rechten Weg betreten. Es sei hohe Zeit, daß die Regierung endlich unter Mitwirkung des Landtags diesen unheilvollen Zustand beseitige. (Lebhafter Beifall aus der Majorität.) Die tiefe Geistes- und Gemüths-Verwirrung, die so viel Großes vollbracht habe und nach dem siegreichen Vertheidigungskampfe gegen Frankreich im Deutschen Reich, in seiner Freiheit und Einheit ihren sprechenden Ausdruck gefunden habe, sie werde auch in diesem Kampfe zum Siege führen. Sie haben keine Hoffnung des Sieges — fährt Redner, zur Rechten gewendet — fort, wenn Sie auch noch so verächtlich von den Bajonetten und den Kanonen sprechen, auf welche das Deutsche Reich gebaut sei; gegen jenen Geist werden Sie unmächtig sein. Zu dem Siege aber beigetragen zu haben, das ist der Ruhm Badens, seines Fürsten, dieses Hauses; das wollen wir auch heute wieder aussprechen dem Thron gegenüber und underrt auf diesem Wege weiter en. (Stürmisches Bravo aus der Majorität.)

Der Antrag der Abgg. Stöffer, Stigler und Para-

victini wird der Schluß der allgemeinen Debatte angenommen, ebenso auf eine Spezialdebatte verzichtet, und erhalten noch das Wort die beiden Berichterstatter.

Zunächst der Abg. v. Buß als Berichterstatter der Minorität. Redner wendet sich zunächst an die Vertreter der Regierung. Das Reich sei allerdings eine großartige Institution, aber mehr der Macht als der Freiheit. Daß es kein reines Vertragsverhältnis sei, wisse er auch; beschäufte sich ja doch Redner gern mit Geschichte, nicht mit ihrer Schönfärberei, sondern mit ihren Monumenten, z. B. zur Erholung mit den monumenta historiae Germaniae, dabei lerne man etwas, während man bei der Schönfärberei der Geschichte gar nichts lerne. Dabei habe Redner u. A. gelernt, daß die weltlichen Großen immer die Hände mit der Kirche angefangen haben, die letztere stets in der Defensive war. — [Redner legt nun die von ihm beliebte Art und Weise des Verkehrs dar, z. B. gehöre er keineswegs zu den händelsüchtigen Landesräthen, vielmehr zu den besten Leuten und erregt damit, wie überhaupt im Lauf seines Vortrages vielfach, so schallende Heiterkeit im Hause und auf den Tribünen, daß der logische Zusammenhang, den der Redner selbst vielfach als ihm im hohen Grade eigen betont, oft nicht mehr erkennbar ist.]

Der Ultratholizismus wolle eine neue Kirche machen, eine neue Religion; das geht aber nicht, so etwas macht man nicht; auch das Recht mache man nicht; Beides werde offenbart. Mit dem Ultratholizismus mache man den Leuten nur etwas vor. Redner erzählt u. A. auch davon, daß Professor Schulte ehemals ein sehr guter Freund von ihm gewesen sei, derselbe, sagt er hinzu, hat ein Kirchenrecht geschrieben, ich habe keins geschrieben; ich sage Ihnen aber, ich habe viel mehr im Kirchenrecht gemacht als er (sehr starkes Gelächter); ferner erzählt das Haus, daß Redner nach der Konzipirung seines Adressentwurfs das Tintenfaß darüber geworfen habe, was natürlich auch nicht gerade zur ersten Stimmung beiträgt.

Das Deutsche Reich habe der heil. Bonifazius gegründet, woran antknüpfend sich der Redner über die zwei Schwerter und das Lehnenwesen verbreitet.

Die Wurzel aller Gefinnungen im Volke sei die religiöse Ueberzeugung; da werde es nun ganz widerwärtig, wenn man die religiösen Zankereien auch in die Massen hinein trägt. Wenn aber z. B. sagt Redner, ich dem ersten besten Bauer draußen etwas so in meiner populären Weise auseinandersetze, dann sagt er: „Ja wohl, so ist es.“ Wenn Sie aber, Redner wendet sich zur Linken, dem Bauer etwas in Ihrer Weise auseinandersetzen, dann sagt er gar nichts! (Heiterkeit.)

Was den Postus in Betreff der Schullehrer in der Minoritätsadresse anlangt, so solle denselben damit nur gesagt sein, sie möchten sich in die Ruhe ihres Berufs wieder zurückbegeben. Ich kann das leicht sagen, denn jene sind kleine Schulmeister, ich bin ein großer Schulmeister; der Lehrer müsse Zutrauen in seiner Gemeinde haben. (Zurufe: auch der Pfarrer!) Jawohl, m. H., auch der Pfarrer; aber der Pfarrer muß auch Zutrauen in den Seelen haben, an die er seine Adresse richtet, und da wäre Ihre Adresse, m. H., die falsche, denn die Adresse muß auf Anordnung des General-Postdirektors Stephan sehr genau geschrieben sein. (Vielsach von Gelächter unterbrochen.) Für den Eintritt der Geistlichen in den Orts-Schulrath sei Redner von Anfang an gewesen; übrigens werde er für die Schule nicht nur das von der Regierung Gesforderte, sondern noch mehr bewilligen. Die Verwendung der Kriegsentwädigung sei schon ganz schön, aber etwas mehr positive Werte, die man sieht, Eisenbahnen u. dgl. hätten auch nichts geschadet.

Schließlich wendet sich Redner noch gegen den Abg. Schmidt und will den Herrn v. Wissenberg nicht als einen guten Theologen gelten lassen; ein solcher brauche überhaupt weiter nichts als Dogmen, Canones und vilas sanctorum, vor allen Dingen keine Philosophie, wie einst Bischof Strum von Speier einem Examinator vorgehalten habe. Endlich spricht Redner noch Verschiedenes vom Westphälischen Frieden und vom Reichsdeputations-Hauptschluß (auch hier eine lebhaft dramatische Szene, nachdem der Abg. Kiefer dem Redner zugerufen hat, der Papst habe diese Urkunden nicht anerkannt). Redner will im Allgemeinen gezeigt haben, wie er sagt, daß er auf den verschiedenen Gebieten nicht unbewaffnet ist.

Der Berichterstatter der Majorität, Bluntzschli: Der Vortredner reizt ihn nicht, auf die verschiedenen von ihm berührten Gegenstände einzugehen; vielleicht sei später noch einmal Gelegenheit, auf den Westphälischen Frieden und den Reichsdeputations-Hauptschluß zu sprechen zu kommen. Immerhin sei es interessant, daß der Geistliche weiter nichts brauche, als das vom Vortredner Angeführte, d. h. daß er ausgeschlossen sei von allen Errungenschaften, die der Strom unserer Zeit als das Höchste mit sich führt.

Ein anderer Redner habe in Bezug auf das Deutsche Reich mit drohender Fingererhebung den Satz gebraucht: „Gewalt wird nicht alt.“ Allerdings ist das neue Deutsche Reich nicht ohne blutige Kriege zu Stande gekommen, da das Verhältnis zu Oesterreich bereinigt werden mußte und Frankreich sich auch nur durch einen großen Krieg überzeugen ließ, daß seinem Nachbar das Recht zu stehen, sich in seinem eigenen Hause nach seinen nationalen Bedürfnissen einzurichten. Das ist das Schicksal der deutschen Nation, daß ihre Kraft sich mit Opfern dokumentiren mußte. Die Reichsverfassung aber ist nicht durch Gewalt geschaffen worden, vielmehr gibt es kein Beispiel in der Geschichte, wo bei staatsrechtlichen Neubildungen die Freiheit der Willensentscheidungen in dem Maße gewahrt wurde; die Regierung und die Landtage und schließlich die Gesamtvertretung, alle diese Kräfte haben einmüthig zusammengewirkt, so daß das Reich nicht ein Werk der Gewalt, sondern der politischen Einsicht des Zusammenwirkens aller Faktoren ist. Redner weist auf die Analoge der Verhältnisse des Nordens und Südens in Nordamerika hin. Das Deutsche Reich ändert jetzt nur als Gesamtnation seine Verfassung;

Deutschland ist ein Ganzes und hält nöthigenfalls den Einzelnen mit Gewalt in seiner Gemeinshaft.

Redner weist das Bild des im Walde überfallenen und ausgeraubten Wanderers zurück; von einer Vererbung der Kirche durch den Staat sei nicht die Rede, er wolle sich nur sein Recht. Uebrigens seien die meisten der Geistlichen und auch der Bischöfe, von deren Mannhaftigkeit nach ihrem Auftreten vor und nach dem Konzil man nicht viel Achtung haben könne, nicht an der Erneuerung des Lumpens schul. Der leitende Geist, der die Fäden zieht, sitzt nicht in Deutschland, in ihm lebt italienisches Blut. Nicht minder lehrreich sei das Zusammenfallen des vatikanischen Konzils und der Kriegserklärung; (mehrfache Unterbrechungen von der Rechten, Nase; und die Voze); in ihr rühe keine Gefahr, ihre Macht sei nicht so groß; wenn aber von Rom aus die Fäden gezogen werden, dann ergreifen seine Anhänger die Waffen oder legen sie auch gerne nach Befehl nieder.

Die Klagen über Freiheitsbedrückung, Freiheit in der Zwangsjacke, Omnipotenz des Staats und Aechaltes entbehren jedes realen Hintergrundes; sei es ja doch das Bestreben der heutigen Gesetzgebung, stets zu erwägen, wie weit darf der Staat gehen; laufen doch auch die meisten Gesetze darauf hinaus, die verschiedenen Freiheiten zu schützen. Redner schließt mit nochmaliger Empfehlung der Majoritätsadresse, von großem Beifall aus der Majorität des Hauses begleitet.

Hierauf wird nach einigen persönlichen Bemerkungen zur Abstimmung geschritten, deren Resultat bereits mitgetheilt ist.

Badische Chronik.

Freiburg, 27. Nov. Die bei Gelegenheit der Vorarbeiten für den Gesetzentwurf, die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die weltlichen Staatsdiener und Angehörten betref, in Lauf dieses Sommers gemachten statistischen Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse von Beamten und Angehörten und über den für ihre Wohnungen zu machenden Aufwand haben recht schätzenswerthes Material zu Tage gefördert. Diese Nachweise sind für unsere Stadt um so interessanter, als sich daraus ergibt, daß Freiburg bezüglich der Höhe der Wohnungs-Miethpreise, wenn es auch in dieser Beziehung in die erste Ortlasse fällt, doch keineswegs die größten Städte unseres Landes übertrifft und deshalb den Ruf, den ihm gewisse Leute beizulegen bestrebt sind, durchaus nicht verdient. Man begegnet nämlich häufig und sogar unbegrifflicher Weise in einer viel-jährigen Zeitung der Behauptung, es ließe sich hier im Allgemeinen viel theurer und namentlich seien die Wohnungs-Miethpreise und die Lebensmittel-Preise hier höher als im ganzen Lande.

Es wäre ein Leichtes, solche Behauptungen als unrichtig zu widerlegen und das Gegentheil darzuthun. Durch die oben erwähnten statistischen Erhebungen wird die Unrichtigkeit solcher Behauptungen am leichtesten in unumstößlicher Weise nachgewiesen. Es ergibt sich daraus, daß Freiburg bezüglich der Höhe der Miethpreise keineswegs den ersten Rang unter den badischen Städten einnimmt, sondern erst an fünfter Stelle erscheint. Nach jenen Erhebungen beläuft sich nämlich der durchschnittliche Jahres-Miethpreis von Mietwohnungen per 1 Zimmer auf in Mannheim 92, fl., in Karlsruhe 83, fl., in Heidelberg 82, fl., in Pforzheim 82, fl., in Freiburg 80, fl., in Baden 76, fl. Hierbei kommt zu berücksichtigen, daß seit der Veranlassung der gedachten Erhebungen, denen wir diese Notizen verdanken, in Folge der wahrhaft erstaunlichen Bauthätigkeit in dieser Stadt und der Fertigstellung so überaus zahlreicher Neubauten im Laufe dieses Frühjahrs und Sommers in einem Maßstabe, wie dies kaum in einer andern Stadt des Landes der Fall sein dürfte, die Miethpreise sehr bedeutend gefallen sind, jedenfalls mehr als in andern Städten; es dürfte sich deshalb die Verhältniszahl für Freiburg im gegenwärtigen Momente und wahrscheinlich für mehrere Jahre bedeutend niedriger stellen. Ähnlich verhält es sich mit den Preisen der Lebensmittel und sonstigen Lebensbedürfnisse in Freiburg gegenüber andern Städten. Eine Gegenüberstellung der Preisverhältnisse der verschiedenen Städte unseres Landes zeigt jedem Unbefangenen sofort, daß diese Preise hier nicht nur nicht, wie bisweilen behauptet worden will, höher als in den größeren, sondern sogar niedriger als in mehreren kleineren Städten des Landes sich stellen. Daß solche unbegründete Ausstellungen, Freiburg sei der theuerste Aufenthaltsort des Landes, keineswegs geeignet sind, Fremde anzuziehen, wohl aber unserer Stadt in mancherlei Beziehungen zum Nachtheile gereichen können, liegt klar zu Tage.

Bermischte Nachrichten.

Leipzig, 26. Nov. Aus der Praxis des Reichs-Oberhandelsgerichts. — Es war bedungen, binnen 48 Stunden nach Ankunft eines Schiffes müsse der Ladungsempfänger die Einlösung vornehmen, widrigenfalls er für jeden Tag Verzugsumsatz 250 Thaler Diegeld zu zahlen habe. Der Kapitän wollte diese Frist von Stunde zu Stunde rechnen, der Andere nach Tagen, was eine Differenz von zwei Tagen ausmachte. Der Gerichtshof erklärte jenen Ausdruck für gleichbedeutend mit zwei Tagen und entschied zu Gunsten des Ladungsempfängers.

Ein Fabrikarbeiter war in eine — ordnungswidrig unbedeckte — Grube im Fabrikhofe gefallen und hatte sich so schwer verletzt, daß er nach zwei Tagen starb. Deren alter Vater klagte auf Entschädigung, weil ihn der Sohn ernährt hatte, verlor aber den Prozeß. Die Grube befand sich nämlich abseits des den Arbeitern gestatteten Weges, und der an ihr vorüberführende Fußpfad war durch Anschlag verboten. Der Gerichtshof nahm an, der Verlorerne habe sich durch Ungehorsam sein Unglück selbst zuzugewogen und dies befriede den Fabrikherrn, von der sonst begründeten Haftbarkeit.

Ein Steinlofenhändler hatte eine große Lieferung von Kohlen übernommen und den Vertrag so abgeschlossen, daß darin ein Verzicht auf die in Art. 356 H.-G.-B. vorgeschriebene Anzeige und Nachfristgewährung enthalten war. Diese Ueberdunklung wurde für rechtswirksam erklärt, weil die Vertragsfreiheit durch jenes Gesetz nicht beschränkt sei.

Aus London schreibt man der „Frk. Ztg.“: „Dr. Carl Rosa gedenkt mit seiner engl. Operntroupe im März nächsten Jahres während seines Gastspiels im Londoner Drury-lane Theater Wagner's „Lohengrin“ in englischer Sprache zur Aufführung zu bringen. Die Oper- und Orchesterproben haben bereits begonnen.“

Handelsberichte.

D. Frankfurt a. M., 29. Nov. (Börsewoche vom 22. bis 28. Nov.) Die Hanftendenz hat unter dem Einflusse der allgemein günstigeren Disposition der Börsen und den Dankschüssen, der Contremine, anlässlich des Ultimo's, in der abgelaufenen Woche wieder die Fortschritte gemacht, welche es nicht an Unterbrechungen fehlte, die das Bild derselben verringerten. Auch Berlin mußte sich schließlich der Stimmung nach Wien anschließen; die dortige Contremine ließ es indes nicht an Besäufen fehlen, die sich langsam vollaufende steigende Bewegung zu durchkreuzten. Die Hanft von Berlin am Dienstag, welche auch hier eine große Wirkung ausübte, wurde auf die Nachrichten über die ungünstige Lage der Provinzial-Discontobank, und die unbesiegbare Konjunktur am Eisenmarkt zurückgeführt. Es sieht sich jedoch bald heraus, daß weniger eine innere Bestimmung, als künstliche Minder der Contremine jene Verflattung verursacht, die deshalb nur eine vorübergehende sein konnte. Zur Bestärkung der Stimmung trugen übrigens auch die Discontobanksektionen der französischen und englischen Bank bei, welche eine günstige Situation der Geldmärkte konstataren. Geld für Liquidationszwecke ist am hiesigen Plage, wo Knappheit besteht in der letzten Zeit nicht zu verschaffen war, leicht erhältlich.

Am Sperrtag-Eisenmarkt traten, im Gegensatz zur vorigen Woche wieder Kreditaktiven in der Vordergrund des Verkehrs, während Staatsbahnaktiven weniger beliebt waren. Erfreue haben sich von 232 bis 236, letztere von 339 1/2 bis 342 1/2, Lombarden gingen von 173 bis 177, 1/2, nach. Rabatten waren beliebt, aber wenig verändert. Am Eisenmarkt war die Tendenz eine im Ganzen sehr, obgleich die Discontobank in der Kursabwärtsbewegung mancher Banken am Schluss der Woche ersichtlich in. Provo. Disconto welche mehrfach im Verkehr waren, bewegten sich zwischen 85 1/2 - 86 1/2 - 87 1/2. Staatspapiere wurden bei beherrschten Kursen ziemlich lebhaft gehandelt und sind namentlich Amerikaner sehr. Von Prioritäten sind die beliebtesten Sorten besser. Von amerik. Prioritäten erforderte die in der letzten Zeit fast gänzlich in Contingenzen überwiegen wieder Aufbesserungen. Von Wechseln ist nur Wien höher.

Berlin, 29. Nov. (Berliner Börse.) Die Liquidation ist beendet, nur einige Nachhahler müssen bis 31. Ebr. Depott zahlen für Kredit. Man hat von feinen Zahlungsschwierigkeiten gesprochen, aber es sind große Verluste entstanden. In Folge davon hatte das heutige Ertrinken mehr den Anschein, als bannliche man sich mehr, die eingetragenen Engagements zu beschließen als neue anzunehmen. Die Stimmung war im Ganzen eine sehr, die Lebhaftigkeit wachte sich neben den Staatspapieren hauptsächlich bei Eisenbahnen zu. Die meisten ausnehmend durch eine Reihe günstiger Momente gestützt. Die Tarifabänderung hat durch die Contremine, welche in Staatspapieren so viel verloren hat, auch in der Hanft in Eisenbahnen ihren Schaden wieder einzubringen, und an sich gehen Eisenbahnen immerfort noch für eine sehr solide Anlage. Auf internationalem Gebiete blieben Blanko-Abgeber sehr reservirt und trauen so zur Aufrechterhaltung guter Stimmung bei. Wir notiren: Franzosen 195 1/2 - 6 1/2, Lombarden 100 1/2 - 1 1/2, Kreditaktiven 130 1/2 - 3 1/2, 3. Etablismenten 599, Türken 44 1/2, Österreichische Papierrente 60 1/2, Österreichische Silberrente 65 1/2, Valutirte 60 1/2, französische Rente 92 1/2, Österreichische Nebenbahnen fanden nur wenig Beachtung, Afrika-Lepid höher. Fremde Renten steigend, namentlich Italiener, auch Russen befestigten sich wieder. Von inländischen Eisenbahnen wurden Rheinische und Schleife Devisen bevorzugt. Banken waren ohne Beachtung, Disconto-Commandit-Anleihe per Dezbr. 166 - 70, 168 bez. Provinzial-Discontogeldschiff 86 - 87 1/2, bez. Bergwerke waren unschwach behauptet, Industriewerthe fast ganz geschäftlos. Prioritäten und Große Berliner Kreditbahn lebhaft, Wechsel fest, London und Paris steigend. Erste Discontos 3 1/2 bis.

Berlin, 29. Nov. (Schlussbericht.) Weizen per Novbr. - per April Mai (neue Waare) 85 1/2, gelber Weizen per April-Mai (alte Waare) 86 1/2, Roggen per Novbr. Dezbr. 63 1/2, per April-Mai 63 1/2, Rüböl per Novbr. Dezbr. 19 1/2, per April-Mai 21 1/2, Spiritus per Novbr. 21 Ebr. 10 Egr., per April-Mai 20 Ebr. 21 Egr. Breslau, 29. Nov. Getreidemarkt. Spiritus per 100 Liter 100 Egr. per Novbr. 21 1/2, per Novbr. 20 1/2, per April-Mai 20 1/2, Weizen per Novbr. 88, Roggen per Novbr. Dezbr. 64 1/2, per Dezbr. Jan. 64, per April-Mai 63 1/2, Rüböl per Novbr. Dezbr. 19 1/2, per April-Mai 20 1/2.

Stettin, 29. Nov. Getreidemarkt. Weizen per Novbr. und per Frühjahr 85 1/2, Roggen per Novbr. 64, per Novbr. Dez. 63 1/2, per Frühjahr 62 1/2, Rüböl 100 Lit. per Novbr. 18 1/2, per Novbr. Dezbr. 19, per Frühjahr 20, Spiritus loco 21 1/2, per Novbr. 22 1/2, per Novbr. Dezbr. 20 1/2, per Frühjahr 20 1/2 bez.

Berlin, 29. Nov. Schlussbericht. Weizen matt, eff. hiesiger 10 Egr., effektiv fremder 9 Egr. 15 Egr., per Novbr. 9 Egr. 8 Egr., per März 1874 9 Egr. 10 Egr., per Mai 9 Egr. 8 Egr., Roggen niedriger, effektiv fremd. 7 Egr. - Egr., per November 6 Egr. 27 Egr., per März 1874 7 Egr. 1 Egr., per Mai 6 Egr. 28 Egr. Rüböl milder, eff. 11 Egr. - Egr., per Mai 1874 11 Egr. 12 Egr., per Okt. 11 Egr. 24 Egr. remitt. - Egr. - Egr.

Berlin, 29. Nov. Zucker. Nach roher Waare zeigte sich in dieser Woche auf den hiesigen Märkten gute Frage und wurden für bessere Qualitäten 1/2 bis 1/2 Ebr. höhere Preise angelegt. Einige größere Partien sollen für den Export gekauft worden sein. Man bezog für gute erste Produkte von ca. 94% Ebr. 10 1/2, für Krystallzucker Ebr. 12 1/2 - 13 1/2. In raffinierten Zuckern fanden ziemlich bedeutende Umsätze statt und wurden theilweise etwas höhere Preise als in der vorigen Woche bewilligt. Raffinaden werden Ebr. 16 - 16 1/2, gewöhnliche Melisorten Ebr. 13 1/2 - 15 1/2, gemahlene Zucker Ebr. 13 1/2 - 15 1/2, notirt. An unrefin. Blutzucker wurde nur für den nächsten Bedarf gekauft; von außen, besonders aus Babin und Bartenberg, liefen ansehnliche Ordres auf Melis hier ein. Vorläufige bleiben nach. Kandis sehr gesucht. Die Notierungen sind: Feinste Raffinade mit Etiquette Ebr. 16 1/2, Raffinade Ebr. 16 1/2, Melis Nr. 1 Ebr. 16 1/2, Nr. 2 16 1/2, Nr. 3 16 1/2, gemahlene Raffinade Ebr. 15 1/2, gemahlene Melis Nr. 1 Ebr. 15, Nr. 2 Ebr. 14 1/2, Candis, weiß 21 - 22 1/2, halbweiß 20 - 21, gelb 18, schön hellbraun 17 1/2, hellbraun 17 1/2 Ebr.; raff. Farin Nr. 18 Ebr. 12 1/2, Nr. 15 11 1/2, Nr. 12 Ebr. 11 1/2; raff. Rübenzucker Ebr. 5 - 5 1/2.

Berlin, 30. Nov. [Kolonialwaaren-Notierungen.] Kaffee, brauner Java 14 1/2, hellbraun 13 1/2, hochgelb 13 1/2, gelb 13 1/2, gut ord. blank 13, ord. 12 1/2, ord. gelblich 12 1/2, Plantations 13 bis 13 1/2 Egr. per Hund. Neie, Java Tafel 10 1/2 bis 8 1/2, ord. Java 7 1/2, Pama 7 1/2 - 8, Ima Aracan 5 1/2, 2a 5 1/2, Korintzen, Ima 1 1/2, 2a 1 1/2, Smyrna-Rosinen alte 15, neue 15 1/2, Mandeln, geschälte siehe 26, Pringep 37, Pfannkuchen, deutsche - 11 1/2 - 12, Pfeffer, schwarz 31 1/2, weißer 49, Biment 18 1/2, Ebr. per 100 Pfd. Muskatnüsse 38, Muskatblüthe 47, Ambonabellen 15 1/2, Ceylon-Camel 38 - 42, cinchiferer 11 1/2, Java-Camel - Egr. per Pfd. Geringe, holländische 15 1/2, holländische 15 1/2, Siedflüsse 15 1/2, Kattun 21, Rohöl 21, aller Dichte 29, Provençal 33, Robbenzhan 12 1/2, Bergershan, brauner 25 1/2, blauer 26 1/2 Ebr.

Hamburg, 29. Nov., Nachmitt. (Schlussbericht.) Weizen per Novbr. Dezbr. 235 E., per April-Mai - E. Roggen per Novbr. Dezbr. 194 E., per April-Mai 195 E.

Königsberg, 29. Nov. (Allg. H. Stg.) Fast ähnlich wie an den Londoner und New-Yorker Märkten hat auch der hiesige eine optimistische Stimmung angenommen und der Verkehr der heute beendeten Geschäftswocher hat nur ein 1/2 bis 1/2 ungenügendes Resultat mit einem weit geringeren Umsatz als in der Vorwoche nachgewiesen. Wir haben zwar heute und gestern kaum nennenswerthe Zufuhr, allein es sind noch Ueberbestände vom Donnerstage-Waare billig zu haben, deren geringe Quantitäten zu 50 - 54 fl. in Partien gehandelt wurden. In diesen Sorten wurde Mehreres zu 78 - 80 fl. gehandelt. Im Allgemeinen ist der Markt unbedeutend ruhig und scheinen mit dem diebezüglichen Preisrückgang die Konjunktur der Exporte ihr Ende erreicht zu haben, denn das Angebot tritt nicht mehr so massenhaft auf und man hofft, daß der vierte Monat der Saison mit günstigeren Auspizien beginnt, als sein Vorgänger schließt.

Heutige Notierungen lauten: Runkwaare prima 60 - 65 fl., sekunda 54 - 58 fl., Altkorn prima 60 - 70 fl., Gerbrücker Gebirgsbofsen 66 - 74 fl., sekunda 57 - 62 fl., Quelltrauer prima 78 - 82 fl., sekunda 68 - 75 fl., Wolgach und Riter Siegel prima 82 - 90 fl., sekunda 74 - 78 fl., Bartenberger prima 75 - 80 fl., sekunda 65 - 70 fl., Gähner prima 63 - 72 fl., sekunda 60 - 65 fl., Kolbinger 58 - 65 fl., Altmarker 48 - 54 fl.

H. München, 29. Nov. (Hopsenmarkt.) I. Doers- und Niederbayrisches Gewächs von 1873. a. Mittelgattungen (Landhopsen): Gesamtmarkt 4386 Pfd., Verkauf 1396 Pfd., Preis 125 fl. - fr. bis 88 fl. - fr. für 100 Pfd.; b. bevorzugte Sorten (Golebauer Landhopsen): Gesamtmarkt 2163 Pfd., Verkauf - Pfd.; c. Kolnische- und Amer. Markt-Gut mit Dittsel: Gesamtmarkt 285

Pfd., Verkauf - Pfd. II. Mittelgattiges Gewächs von 1873. a. Mittelgattungen: -; b. vorzüglichere Qualitäten aus Swaller-Umaeand. nebst Kindinger und Heider-Hopsen: Gesamtmarkt 24,869 Pfd., Verkauf 523 Pfd., Preis 185 fl. - fr. für 100 Pfd.; c. Spalter Stadthopf nebst Weingarten, Mosbacher und Stinner-Gut: Gesamtmarkt 2744 Pfd., Verkauf 1665 Pfd., Preis 165 fl. bis 160 fl. für 100 Pfd. III. Ausländisches Gut von 1873. a. Württemberger Gut: Gesamtmarkt 930 Pfd., Verkauf - Pfd.; b. Saarer Stadt, binn Herrschafts- und Kreisgut: Gesamtmarkt 6206 Pfd., Verkauf 522 Pfd., Preis 155 fl. für 100 Pfd. IV. Alle Hopfen verschiedenen Ursprungs: Gesamtmarkt 4668 Pfd., Verkauf - Pfd. Summa aller Hopfen: 46,229 Pfd. Gesamtmarktjah an Geld 5564 fl.

Veitb, 29. Nov. Verkauf und Angebot schwach, ebenso Zufuhr schwach. Alles fest. Weizen, 117. 7 fl. 20 fr. bis 7 fl. 35 fr., 87 Pf. 7 fl. 95 fr. bis 8 fl. - fr. Roggen 5 fl. 55 fr. bis 5 fl. 65 fr. Gerste 3 fl. 70 fr. à 4 fl. - fr. Neuer Hafer 2 fl. 5 fr. à 2 fl. 10 fr. Mais, neuer, 4 fl. 50 fr. à 4 fl. 60 fr., anderer - fl. - fr. à - fl. - fr. Raps, neuer - fl. - fr. à - fl. - fr., anderer - fl. - fr. à - fl. - fr. Rüböl 20 1/2 fl. Spiritus 63 fl.

Paris, 29. Nov. Rindfleisch, per Novbr. 83.25, per Jan.-April 85.25, per Mai-August 88.50, Rindfleisch, per Novbr. 88.-, per Dezbr. 87.75, per Jan.-April 87.75, Weizen per Dezbr. 89.50, per Jan.-April 40.-, Spiritus per Jan.-April 72.25, Zucker 88 1/2 disponible 56.75.

Amsterdam, 29. Nov. Weizen loco geschäftlos, per November - , per März 389, per Mai - , Roggen loco überhaupt, per Nov. 259, per März 255 1/2, per Mai 246 1/2, Rüböl loco - , per Herbst 34, per Mai 36 1/2, Raps loco 353, per April 380, per Oktbr. n. J. - .

London, 29. Nov. (City-Vericht.) Discontomarkt lebhafter in Folge der Beschränkung auf den Fremdbörsen. Die Noten durchschnittlich nur 5% und bei dem alten Bankausweise läßt sich eine weitere Reduktion des Minimums in Aussicht stellen, zumal 660,000 Pfd. St. am Montag von Auktoren hier ankommen und die Bank hinstellt.

Fremdbörse ist. Die neue russische 5% Anleihe von 15,000,000 Pfd. St., von denen die Firma Rothschild 8,000,000 Pfd. St. zum Emittionszwecke von 83 hier auf den Markt gebracht hat, wird bereits mit 2-2 1/2% Abz. notirt.

Das Handelsgeschäft zwischen Amoy und Shanghai ist festgesetzt.

Liverpool, 29. Nov. Baumwollmarkt. Umsatz 14,000 B., davon auf Spekulation und Export 4000 Ballen. Middling Up-land 8 1/2, Middling Orleans 8 1/2, Fair Egyptian 9 1/2, Fair Egyptian 9 1/2, Fair Beach 8 1/2, Fair Danica 5 1/2, Fair Madras 6, Fair Bengal 7 1/2, Fair Sumatra 6 1/2, Fair Peranan 8 1/2, Middl. Fair Dholl, 5, Middl. Dholl, 4 1/2, Good middl. Dholl, 4 1/2, Good Fair Comra 6 1/2, Middl. Fair.

New-York, 29. Nov. Colbagio 109 1/2, London 107 1/2, Baumwolle, middl. Up-land 16 1/2, es. Petrochem, Standard white 13 1/2, es. Baumwoll, extra State D. 6.85, Roiber Frühjahrsweizen D. 1.50, Baumwoll-Zufuhr in Summ. Hafen der Union 16,000 B.

New-York, 29. Nov. Baumwolle. Wochenzufuhr in Summ. Hafen der Union 124,000 Ballen, Export nach England 45,000 B., nach dem Kontinent 20,000 B., Verarbeit. 433,000 B.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Table with 6 columns: Date, Barometer in mm., Temperature in °C., Relative humidity in %, Wind, and Weather. Data for 28. Nov. and 29. Nov.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fern. Kr. Genfein.

Bürgerliche Rechtspflege.

Öffentliche Anordnungen.

A. 612. Nr. 18,530. Kasstatt.

Die Bitte der Gemeinde Kuppenheim um öffentliche Verlobung unbekannter Verheirateter.

I. Gemartung Kuppenheim:

Table with 6 columns: Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr. and corresponding numbers.

II. Gemartung Oberndorf:

Plan-Nr. 6, Kataster-Nr. 1146.

III. Gemartung Niederbühl:

Plan-Nr. 29, Kataster-Nr. 2866.

Kasstatt, den 20. November 1873.

Großh. bad. Amtsgericht.

W a g g.

A. 655. Nr. 14,187. Mühlheim. Die Gemeinde Hienken bezieht auf dortiger Gemartung folgende Liegenschaft:

I. Gemartung Kuppenheim:

Table with 6 columns: Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr. and corresponding numbers.

II. Gemartung Oberndorf:

Plan-Nr. 6, Kataster-Nr. 1146.

ten weder dingliche Rechte, noch schenkliche, noch fidemissarische Ansprüche geltend gemacht wurden, werden solche anderer Personen den Aufforderungsfragern gegenüber für verloren erklärt.

Schönen, den 17. November 1873.

Großh. bad. Amtsgericht.

W e i ß e r.

H a l l.

A. 641. Nr. 11,042. Staufem. Nachdem auf die diesseitige Aufforderung vom 17. Septbr. d. J. innerhalb der anberaumten Frist keine der dort bezeichneten Rechte an die dortselbst angeführten Liegenschaften geltend gemacht worden sind, so werden die Aufgeforderten den Erben des verstorbenen Mathias Rießerer von Haulen gegenüber jener Rechte für veräußert erklärt.

I. Gemartung Kuppenheim:

Table with 6 columns: Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr. and corresponding numbers.

II. Gemartung Oberndorf:

Plan-Nr. 6, Kataster-Nr. 1146.

G a n t e n.

N. 693. Nr. 23,451. Dissenburg.

Gegen Josef Schuler, Handelsmann von Hofweier, z. Zt. an unbekanntem Orten abwesend, und dessen Ehefrau, Maria Anna, geb. B u m m e l e r, von Hofweier, haben wir Cant erkannt, und es wird nunmehr zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren Tagfahrt anberaumt auf

I. Gemartung Kuppenheim:

Table with 6 columns: Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr. and corresponding numbers.

II. Gemartung Oberndorf:

Plan-Nr. 6, Kataster-Nr. 1146.

für einen Grund Ansprüche an die Masse machen wollen, werden aufgefordert, solche in der Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschlusses persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, ihre etwaigen Vorzugs- und Unterprivilegien genau zu bezeichnen und zugleich die Beweisurkunden vorzulegen oder den Beweis mit anderen Beweismitteln anzutreten.

In der Tagfahrt soll auch ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt und ein Borg- und Nachlassvergleich verhandelt werden.

In Bezug auf Borgvergleich und jene Ernennungen wird der Nichterscheinende als der Mehrheit der Erschienenen betrachtet angesehen. Den Ausländern wird aufgegeben, bis dahin einen dahier wohnenden Gemaltshaber für den Empfang aller Einbindungen, welche der Partei selbst gesehen sind, zu bestellen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen mit Wirkung der Eröffnung an der Gerichtsstelle angeschlagen, bezu. den bekannten Gläubigern durch die Post zugestellt werden.

Pforzheim, den 27. November 1873.

Großh. bad. Amtsgericht.

J. B u b.

A. 667. Nr. 31,354. Karlsruhe.

Werden alle Diejenigen, welche in der Gant des Vaters Johann Georg Neuert von hier die Anmeldung ihrer Ansprüche an die Masse unterlassen haben, von derselben ausgeschlossen.

I. Gemartung Kuppenheim:

Table with 6 columns: Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr. and corresponding numbers.

II. Gemartung Oberndorf:

Plan-Nr. 6, Kataster-Nr. 1146.

Erklarungen.

A. 668. Endingen. Georg Müller,

ledig, von Pforzheim, dessen Aufenthaltsort seit Jahren unbekannt, ist auf Wahlen seines Vaters Josef Müller, gemeinen Waldhüters von Pforzheim, zu dessen Erbanspruch in Besitz von

I. Gemartung Kuppenheim:

Table with 6 columns: Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr., Plan-Nr., Kataster-Nr. and corresponding numbers.

II. Gemartung Oberndorf:

Plan-Nr. 6, Kataster-Nr. 1146.

Öffentliche Mahnung

zur Erneuerung von Pfand- und Grundbuch-Einträgen.

U. 654. Wolfartsweier. Die untenverzeichneten Gläubiger oder ihre Rechtsnachfolger werden in Gemäßheit des Art. 2 des Gesetzes vom 5. Juni 1860 (Regierungsblatt 1860, Nr. 30, Seite 213) aufgefordert, die betreffenden Einträge, wenn dieselben noch Gültigkeit haben, binnen sechs Monaten erneuern zu lassen, widrigenfalls solche nach Ablauf der Frist in der angegebenen Richtung unwirksam erklärt werden.

Der Gemeinderath. Postweiler, Bürgermeister.

Der Vereinigungs-Kommissär: Bössinger, Rathschr.

Table with columns: Des Eintrags (Datum, Seite), Namen, Stand und Wohnort des Schuldners und seiner Rechtsnachfolger, Namen, Stand und Wohnort des Gläubigers und seiner Rechtsnachfolger, Betrag der Forderung (fl., fr.). Includes sub-sections for Pfandbuch Band III, IV, Grundbuch Band I, II, III.

Berm. Bekanntmachungen.

648. 4. Baden. Liegenschafts-Versteigerung. In Folge richterlicher Verfügung wird am Mittwoch den 17. Dezember 1873, Nachmittags 3 Uhr, im hiesigen Rathhause dem Geh. Legationsrath Emil von Koblenz, z. Z. in Paris, die nachbeschriebene Liegenschaft auf der Gemarkung Baden öffentlich versteigert und endgültig zugeschlagen, wenn wenigstens der Schätzungspreis geboten wird.

f. Schweinstall, g. Stallung, gewölbt, für 4 Pferde, mit gewölbtem Bedientenzimmer, h. zwei gewölbte Remisen, vorn, hinten und einerseits Stadtlamend, andererseits Fräulein von Schubert. Der Schätzungspreis beträgt 65,000 fl. Baden, den 12. November 1873. J. Eisinger, Notar.

743. 2. Gernsbach. Ankündigung. In Folge richterlicher Verfügung werden dem Heinrich Kemper, Böwemwirth in Gernsbach, die nachverzeichneten Liegenschaften am Montag den 29. Dezember 1873, Nachmittags 2 Uhr, im Rathhause zu Gernsbach öffentlich versteigert, wobei der endgültige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder darüber geboten wird.

Schuldwirthschaftsgerechtigkeit zum Böwen, nebst besonders stehenden Stallungen, Metzger- und Geflügelwirthschaften, mit ungefähr 2 Viertel Hausplatz und Garten in der Ziegelbachstraße, neben Jakob Hesel, Bäcker, und Jakob Burz, Bäcker, vornen die Ziegelbachstraße und hinten Almenweg. Schätzung 20,000 fl. Zwanzigtausend Gulden. Gernsbach, den 26. November 1873. Der Großh. Notar C. Gartner.

770. 1. Nr. 235. Friedrichsthal. Holzversteigerung. Aus Großh. Hartwald werden versteigert, Donnerstag den 4. Dezember d. J., aus Abth. V 6 Junger Ader: 3850 Stück forstene Hopfenstangen, 11000 forstene Wellen. Die Zusammenkunft ist früh 9 Uhr am Friedrichsthaler Alleevorhof. Friedrichsthal, den 27. November 1873. Großh. Hof-Bezirksforst. von Merhart.



741. 1. Maderer Industrie-Eisenbahn. Die Lieferung von 370 Stück eisernen Langträgern, 370 " " Kopfschwellen für Eisenbahnwagen soll verbunden werden. Die Bedingungen sind in unserm Geschäftslokale, Monheim's Allee Nr. 4, einzusehen, resp. gegen Erstattung der Copialkosten zu beziehen. Offerten sind bis zum 15. Dezember dieses Jahres an uns einzuliefern. Mader, den 24. November 1873.

753. 2. Dörsenbürg. Offene Lehrerstelle an einer Realschule. An der hiesigen Realschule ist eine Lehrstelle für einen tüchtigen Unterlehrer, der auch den Anfangsunterricht in der französischen Sprache zu erteilen im Stande ist, offen. Gehalt 600 fl. bis 800 fl. Bewerbungen sind innerhalb 14 Tagen an den Ortschulrath der Realschule einzuliefern, wofür auch nähere Erkundigung eingegeben werden kann. Dörsenbürg, den 26. November 1873. Der Gemeinderath. Schaeble.